

Editorial

von Karlheinz Weißmann

Der Vorstoß der Familienministerin von der Leyen zur Ausweitung der staatlichen Kinderbetreuung hat eine Debatte ausgelöst, die Interesse beanspruchen darf, weil es nicht nur um Erziehungs- oder Finanzierungs-, sondern um grundsätzliche Fragen geht.

Aufschlußreich ist zum ersten die Widerstandslosigkeit, mit der die Union neuerlich Positionen akzeptiert, die sie gestern oder vorgestern noch vehement bekämpft hatte (und als Opposition weiter bekämpfen würde). Die Proteste gegen den neuen Kurs stammen von den Hinterbänken, nicht einmal die CSU ist willens, das Elternrecht und das traditionelle Familienbild zu verteidigen, Bischof Mixa in seiner Polemik gegen die „Krippen“ beizuspringen oder wenigstens darauf hinzuweisen, daß man im Modellstaat Schweden neuerdings Eltern dafür bezahlt, wenn sie zwecks Erziehung ihrer Kinder zu Hause bleiben. Man beeilt sich, Solidarität mit der Frau Minister zu üben.

Aufschlußreich ist deshalb zum zweiten, daß die als „pragmatisch“ bezeichnete Linie immer deutlicher zum einzigen Merkmal der Unionspolitik wird. Die „moderne Großstadtpartei“ findet unter Merkel zu sich selbst, darf des Beifalls aus dem *juste milieu* ganz sicher sein, hört mit Wohlgefallen, daß sie die Lektionen seit „68“ aufgeholt habe und räumt guten Gewissens Stellungen, die sie im Grunde längst als verloren betrachtete. Soweit man überhaupt eine Rechtfertigung als notwendig erachtet, genügt der Hinweis, daß sich die Welt nun einmal gewandelt habe, daß man das nicht begrüßen müsse, es aber doch keinen Sinn habe, an den Realitäten vorbeizusehen.

Der Verweis auf die Wirklichkeit hat für das bürgerliche Lager und gerade die Konservativen immer starke Überzeugungskraft besessen. Wenn es noch so etwas wie einen Kern des politischen Selbstbewußtseins gibt, dann den, die Tatsachen nüchterner zu beurteilen als der Gegner. Allerdings dient solche „Realpolitik“ zu oft – und so auch hier – der Bemäntelung des Sichabfindens und des Opportunismus, schlimmstenfalls des Verrats, manchmal auch der Tarnung einer Geschichtsphilosophie minderen Ranges, die lehrt, daß sich im ewigen Wandel zuletzt das Vernünftige durchsetze.

Dem ist nicht nur entgegenzuhalten, daß dafür keine Garantie besteht, sondern auch, daß so das Wesen alles Politischen als Folge von Entscheidungen verkannt wird. Jede Berufung auf Sachzwänge, objektive gesellschaftliche Entwicklungen, den Konsens oder die Unabdingbarkeit des Kompromisses verschleiert nur, daß es im Kern um Entscheidungen geht, die von Menschen getroffen oder nicht getroffen werden, um bestimmte Ziele zu erreichen und andere zu vermeiden. Wer also gesetzgeberische Maßnahmen ergreift und finanzielle Mittel bereitstellt, um die staatliche Verwahrung von Kindern auszubauen, die Berufstätigkeit von Frauen zu fördern und die Stellung des „Alphatierchens“ zu schwächen, der entscheidet gegen die Familie, gegen deren organischen Aufbau, gegen Erziehung im eigentlichen Sinn und für die Ausweitung der Durchgriffsmöglichkeiten auf die Heranwachsenden.

Darüber muß von denen, die diese Entwicklung vorantreiben, natürlich niemand belehrt werden. Sie wissen sehr wohl, daß sie nicht einfach die Anpassung an die Wirklichkeit vollziehen, sondern aktiv Anteil nehmen an einem pädagogischen Projekt zur Umerziehung der Gesellschaft, die Vorstellungen angepaßt werden soll, die alles mögliche, aber weder bürgerlich noch konservativ sind.